

Aktuelle Stunde: Wegweisende AHV-Diskussion

Effizient Dass eine Erhöhung des Rentenalters genauso wie eine Reduktion der Leistungen auf schweizerisches Niveau langfristig unumgänglich ist, war bei der Grundsatzdebatte zur langfristigen Sicherung der AHV unbestritten.

VON MARTIN HASLER

Für die erste Ausgabe der Aktuellen Stunde hat die FDP-Fraktion die finanziellen Grundlagen der Alters- und Hinterbliebenenversicherung (AHV) als Thema gewählt. Die Erwartungen an diesen neuen Diskussionsrahmen haben sich dabei bestätigt: Die Beiträge der Abgeordneten fielen aufgrund der Redezeitbegrenzung - 20 Minuten für die themenangebende Fraktion, je 10 Minuten für die anderen Fraktionen und die Regierung - knapp und effizient aus. Auf Grundlage dieser Diskussion erhielt die Regierung einen Eindruck davon, in welche Richtung der Weg aus Sicht des Landtags gehen muss.



«Eine Erhöhung des Rentenalters ist nur eine Frage der Zeit.»

ELFRIED HASLER
FDP-ABGEORDNETER

älterer Arbeitnehmer auch genutzt werde. «Sonst erreichen wir damit nur eine Verschiebung zur Arbeitslosenversicherung.»

Auch eine Beitragserhöhung sei unumgänglich, führte Elfried Hasler aus; denn Spielraum für Kürzungen der AHV-Leistungen bestehe aufgrund ihrer existenzsichernden Funktion nicht. In die gleiche Richtung zielten der zuständige Regierungsrat Mauro Pedrazzini (FDP) und FL-Fraktionssprecherin Helen Konzett Bargetze mit ihren Beiträgen. Sie zeigten sich ausserdem besorgt darüber, dass Menschen unter einer gewissen Einkommensgrenze aus der AHV als Existenzsicherung fallen. «Ein Mensch sollte über so viel verfügen, wie er bei der Unterbringung in einer LAK-Institution braucht, also ungefähr 3500 Franken pro Monat», gab Pedrazzini das allgemeine Ziel vor.

Staatsbeiträge auf dem Prüfstand

Gleichzeitig herrschte Einigkeit darüber, dass der Staatshaushalt nicht zu stark durch pauschale Beiträge an die AHV in die Pflicht genommen werden sollte. Ein komplettes Wegfallen der Staatsbeiträge ab 2018 - für ein Weiterführen des Systems existiert derzeit keine gesetzliche Grundlage - bezeichnete Erich Hasler (DU) als nicht akzeptabel. Er kritisierte in diesem Zusammenhang, dass in der Schweiz Einkünfte beispielsweise aus der Mehrwertsteuer zweckgebunden der AHV zugute kämen - in Liechtenstein seien



diese Summen in den Staatsapparat geflossen. «Das Loch in der Staatskasse wird zur AHV geschaufelt», doppelte Fraktionskollege Herbert Elkuch nach. Eine Kritik, die Wendelin Lampert (FDP) nicht nachvollziehen konnte: Schliesslich seien 1999 noch 20 Millionen Franken vom Staat an die AHV geflossen, im Jahr 2011 seien es hingegen bereits 54 Millionen gewesen. Thomas Lageder (FL) brachte ein, dass eine Versicherung grundsätz-

lich ohnehin selbsttragend sein sollte. «Ist es wirklich nötig, das alle ohne Einbezug von Verdienst und Vermögen eine AHV erhalten?», stellte Lageder das Giesskannenprinzip bei der Auszahlung der Renten zur Diskussion. Christoph Wenaweser und Erich Hasler hielten dem dagegen, dass Leistungsausschlüsse schwierig durchzuführen seien und ausserdem die AHV als solidarisches Versicherungsinstrument gefährdeten.